



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

📄: Politische Briefe : 6. Die zweijährige Budgetperiode vor dem Reichstage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Politische Briefe.

6. Die zweijährige Budgetperiode vor dem Reichstage.



Es pflegt als menschlicher Trost zu gelten, daß bei jedem Unglücke noch ein Tropfen Glück sich befinde, der entweder die natürlichen Folgen des Unglücks sich nicht ganz entfalten läßt oder gar den Leiden desselben als wohlthätige Wirkung anhängt. Ein solches Glück ist es für uns Deutsche, daß gegenwärtig alle Welt zu Hause mit eignen ernstern Sorgen beschäftigt ist und infolge dessen uns den Genuß des beschämenden Schauspiels allein überläßt, das wir sonst jedem darbieten würden, der uns betrachtet. Nach beispiellosen Erfolgen gleichen wir dem Manne, der vom Feste heimkehrend in einen Sumpf gerathen ist, welchem er sich hilflos und ungeschickt zu entwinden strebt. Um diesem Manne vollständig zu gleichen, vermöchten wir wie er den Festgeber, der die glänzenden Stunden herbeiführte, aus denen unsre Unachtsamkeit entsprang.

Nicht bei einer einzigen unsrer Aufgaben — und wir haben das Glück und die Ehre, deren viele zu besitzen, welche Erfindung, Kraft und Umsicht in Anspruch nehmen — wissen wir jetzt aus oder ein. Nicht einmal das Problem einer formalen Regel für unsre parlamentarischen Arbeiten können wir lösen, so daß wir auch dabei in den Sumpf rathloser Leidenschaftlichkeit gerathen müssen. Der Grund dieser Erscheinung liegt ebenso deutlich vor Augen, als er beklagenswerth ist. Wir haben kein ausländisches Vorbild für die Regel, die wir hier finden sollen, weil es ein in der Weise zusammengesetztes Staatswesen zum Heile aller Völker, die davon verschont geblieben, noch nicht gegeben hat. Wir müssen also für einen originalen Stoff die originale Form finden, und das können wir

Grenzboten II. 1881. 32

nicht. Wir haben freilich einen Mann, der in der Kunst, den Dingen ihre originale Natur abzulernen, größer ist als alle die ausländischen Mittelmäßigkeiten, mit deren Nachahmung wir uns abquälen. Aber gerade seiner Originalität wegen ist uns, d. h. unsern zur Stunde noch die öffentliche Meinung führenden Männern, dieser Mann längst unheimlich geworden.

Wir haben in Deutschland einen Reichstag und außerdem sechsundzwanzig Landesvertretungen, von denen viele aus zwei Körperschaften bestehen. Wir wollen uns mit diesem Katalog unsrer Parlamente begnügen, obwohl er kaum der Anfang des vollständigen Katalogs ist. Es handelt sich also darum, dieses Heer von Parlamenten so zu lenken, daß alle Theile desselben einigermaßen Luft und Bewegungsraum behalten; ferner so, daß die Nation nicht zu Grunde geht an dem Verbrauch von Kräften, den solche Vielköpfigkeit ihr abfordert.

Die Aufgabe wäre immer noch leicht, wenn alle Parlamente nach Zahl ihrer Glieder und nach Umfang ihrer Geschäfte von dem Hauptparlamente gleich weit abstünden. Statt dessen verhält sich die Sache so, daß wir zwei Hauptparlamente haben, den Reichstag und den preussischen Landtag, bei denen man immer noch zweifeln muß, welches das bedeutamere ist. Das preussische Abgeordnetenhaus zählt allein mehr Mitglieder als der Reichstag, während, um die ganze Kraft des Landes zu wägen, auch das Herrenhaus in die Waagschale gelegt werden muß. Diesem Verhältniß entspricht es, daß viele Angelegenheiten, welche anscheinend den preussischen Staat allein, in Wahrheit aber das Leben der ganzen Nation angehen, der Entscheidung des Landtags allein unterliegen. Der wichtigste Theil der allgemeinen Aufgabe, dem vielköpfigen deutschen Parlamentarismus die Bewegungsfreiheit zu sichern, besteht also darin, den Reichstag und den preussischen Landtag gehörig auseinander zu halten und doch andererseits in diejenige organische Verbindung zu bringen, welche die sich ergänzende Natur der Arbeiten erfordert. Mit dieser Aufgabe schlagen wir uns herum, wie jener ungeschickte Wanderer mit dem Sumpfe. Wir haben schon allerlei Versuche gemacht, die Aufgabe zu lösen, aber sie sind gerade so kläglich ausgefallen, wie sie angestellt waren.

Wir ließen den Reichstag im Herbst tagen. Die Folge war, daß er bis Weihnachten nicht fertig wurde und große Klagen entstanden, daß die Mitglieder nach der unumgänglichen Weihnachtsreise in die Heimat zur Winterzeit noch einmal nach Berlin kommen mußten. Dann forderte man noch frühere Einberufung des Reichstags im Herbst, aber die Reichsboten würden ihrerseits die schönen Herbsttage nicht gern opfern, wo für viele die Erholungszeit erst beginnt. Wir sprechen dabei noch nicht von der Rücksicht auf die Regierung, deren Mitglieder doch auch so zu sagen Menschen sind. Nun kam man darauf, den Land-

tag im Spätherbst zusammenzuberufen und ihm, dessen Mitglieder allerdings nicht so weit in die Heimat haben wie manche Reichsboten, die Weihnachtsunterbrechung aufzulegen. Der schwer ins Gewicht fallende Uebelstand dabei war das Tagen des Landtags vor dem Reichstage zum Behuf der Arbeiten für dasselbe Budgetjahr, während doch die Landesbudgets vom Reichsbudget abhängig sind und es immer mehr werden müssen. Unausrottbar bleibt in allen Combinationen der allgemeine Uebelstand, daß in der Zeit von fünf bis sieben Monaten, also von Anfang November bis Ende April und selbst Ende Mai, die beiden großen Parlamente ihre Arbeiten nicht beendigen können, um so weniger als wir Deutsche weder die Geduld der Engländer und Franzosen für lange Sessionen — in Wahrheit bilden Landtags- und Reichstagsession eine Continuität, eine gleichartige zusammenhängende Arbeit meist für dieselben Parlamentarier und ganz und gar für dieselbe öffentliche Aufmerksamkeit — noch die Fähigkeit derselben Völker besitzen, nöthigenfalls mehr oder minder wichtige Maßregeln haufenweise übers Knie zu brechen. So wiederholt sich alljährlich dasselbe Elend: der Landtag fühlt sofort den Reichstag auf den Fersen, der ihm Luft, Theilnahme und die Zuversicht benimmt, ob es sich der Mühe lohne, große Dinge in Angriff zu nehmen; der Reichstag seinerseits sieht den Frühling herankommen, wenn er eben das erste Stadium seiner Arbeiten beendigt hat, und sofort denkt alles an die Reise, man wäre am liebsten schon von Ostern an zu Hause geblieben, jede Sitzung schwebt unter der Furcht, daß etwa ein Socialdemokrat das Haus auszählen und die Beschlußunfähigkeit feststellen lassen könnte. Mit dem geringsten Pflichteifer verbinden unsre deutschen Parlamentarier die unüberwindliche Pedanterie in der Festhaltung großer Präsenzzahlen zur gesetzlichen Beschlußfähigkeit, ohne jeden Unterschied zwischen wichtigen und unwichtigen Dingen.

Diesen Zuständen gegenüber verlangt Fürst Bismarck mit seiner klaren Entschlossenheit das einschneidende Mittel, den Reichstag und die Landtage ein Jahr um das andre zu berufen. Berechnet man die Arbeitszeit für den Reichstag wie für den preussischen Landtag, wenn jeder nur zweijährig berufen wird, auf 6 bis 7 Monate, so kommt zwar dieselbe Zeitsumme heraus, und es könnte jemand sagen, es sei dasselbe, ob der Reichstag ein Jahr um das andre 6 bis 7 Monate Arbeitszeit habe oder jährlich 3—3 $\frac{1}{2}$, und ebenso der Landtag. Aber da liegt eben der große Unterschied. Wer überhaupt je gearbeitet hat, weiß, daß ununterbrochene Arbeitszeit doppelt und dreifach so viel werth ist, doppelt und dreifach so viel Leistungen ermöglicht als zerstückelte. Auch würde, obwohl man es jetzt nicht Wort haben will, die Berathung eines Budgets für zwei Jahre nur dieselbe Zeit beanspruchen wie für ein Jahr und folglich mindestens einen Monat aus der Arbeitszeit jedes Parlaments freimachen, so daß die regelmäßige Dauer

der Sessionen 6 Monate anstatt 7 und darüber betragen würde. Mit der zweijährigen Budgetperiode hängt die Verlängerung der Legislaturperioden um je ein Jahr zusammen. Es ist unglaublich, daß man selbst hiervon Gefahren befürchtet, während die kurzen Legislaturperioden eine Hauptursache der Schwäche des deutschen Parlamentarismus sind. Auch der Reichskanzler ist nicht für die lange Legislaturperiode, von deren Einführung die Stärke des englischen Parlaments datirt, womit natürlich nicht gesagt ist, daß diese Stärke nicht noch andre Gründe habe. Nur daß diese Gründe erst mit der siebenjährigen Legislaturperiode zur Geltung gekommen sind und zur Geltung kommen konnten. Obwohl unsere Liberalen wissen oder wenigstens wissen könnten, daß der Reichskanzler nur aus einer auf der Hand liegenden technischen Rücksicht den Legislaturperioden ein Jahr zulegen will, fürchten sie doch, die Hinausschiebung des Wahlvergnügens um ein Jahr werde die Parlamentsmacht schädigen und werde zu diesem Zwecke erstrebt. Bei dieser Verblendung muß man an des Engländers Baco glückliche Beobachtung der Ursachen geistiger Unbeholfenheit denken. Zwischen die lebendigen Dinge und das menschliche Begreifen derselben drängen sich nach Baco immerfort die Vorurtheile, die er Idole nennt. Er unterscheidet drei Classen: *idola theatri*, *idola fori*, *idola tribus et specus*. Die *idola theatri* sind die Einbildungen, welche aus der falschen Deutung der Thatfachen auf dem großen Schauplatze der Welt entspringen. Die Einbildung, daß Deutschland decapitirt sei, wenn sein Reichstag nicht alljährlich wie die großen Parlamente in England und Frankreich zusammentrete, ist ein *idolum theatri*. Die *idola fori* sind die Münzen, welche bei dem Verkehr der Mittelmäßigkeit auf dem Markte des Lebens für die Durchschnittsmenschen geprägt und von ihnen für Geld gehalten werden. Die Einbildung, daß unser Reichstag, der über eine Menge wichtiger Nationalangelegenheiten nichts zu sagen hat, das deutsche Vollparlament sei, welches doch nur in der Zusammenfassung des Reichstags mit dem preussischen Landtage, wenn nicht mit allen Landtagen, zu finden wäre, ist ein *idolum fori*. Die *idola tribus et specus* sind die Einbildungen, welche aus den natürlichen Schwächen der menschlichen Gattung (*tribus*) und des einzelnen Individuums (*specus*, Höhle, nennt Baco sehr gut den Grund der individuellen Schranken, weil er etwas Verborgnes ist) entspringen. Ein *idolum tribus* ist die Einbildung, ein Parlament oder überhaupt ein Mandatar sei desto stärker, je öfter ihm sein Mandat erneuert werden müsse. Die von diesem Idol besessenen meinen freilich, die längere Legislaturperiode setze die Regierung in den Stand, eine ergebene Majorität länger zu behalten. Sie können natürlich nicht begreifen, daß eine Regierung mehr Ursache hat, sich um die dauernde Uebereinstimmung mit einer Majorität zu bemühen, wenn der Erfolg der Mühe lohnt. Was nützt aber

eine Majorität, die doch morgen nach Hause geht und die, anstatt den öffentlichen Geist zu lenken und zu reifen, vielmehr seinen unreifen Stimmungen und Idolen lauscht, um ihre Mandate wieder zu bekommen. Es ist ein ganz falsches Vorurtheil, daß eine Regierung ein auf lange gewähltes Parlament, abgesehen natürlich von Fällen dringender Noth, lieber bei jedem geringen Anlaß nach Hause schicken als sich mit ihm vertragen werde.

So ist denn keine Aussicht vorhanden, daß wir sobald den Geschäftsmodus erhalten, den Fürst Bismarck erstrebt, um auch nur die formale Unbeholfenheit und Ohnmacht unsres Parlamentarismus loszuwerden. Aber wenn wir und wenn die Regierung vor den Idolen, welche jenen Geschäftsmodus verhindern, respectvoll umkehren wollte, weil es die Idole unsrer Parlamentarier sind, so möchte man doch an allem deutschen Parlamentarismus verzweifeln über die Sterilität und Gedankenlosigkeit, welche dermaßen an ihren Idolen erstickt, daß sie auch nicht den leichtesten, zweckmäßigsten Ausweg finden kann, sondern immer bei dem allererschädlichsten stehen bleiben muß. Es ist wahrhaft niederdrückend zu sehen, daß ein Mann wie Bennigsen sich zum Fürsprecher der jährlichen Berufung des Reichstags im October macht. Wir haben vorhin die Nachteile dieser Einrichtung vom Standpunkte des Reichstags bezeichnet, welche bereits dazu geführt haben, die Einrichtung zu verlassen. Aber es ist ein barbarischer Leichtsin oder Stumpf Sinn, garnicht einmal daran zu denken, daß die Regierungsmitglieder, vom Kaiser und König bis zu den Staatssecretären, Ministern und Räten, auch eine Menschenclasse sind, die einer Arbeitszeit bedürfen für den schwierigsten Theil ihrer Aufgabe, einer solchen Arbeitszeit, wo sie von keinen Parlamenten gestört werden. Diese Arbeitszeit muß der Herbst sein, und darum müssen die Monate September bis December einschließlich von allen Parlamentsitzungen freigemacht werden. Herr Eugen Richter bemüht sich natürlich zu verbreiten, der Reichskanzler wolle diese Monate frei haben, um in Warzin und Friedrichsruh täglich auf die Jagd zu gehen. Wer mag Herrn Eugen Richter widerlegen? Aber jeder ernsthafte und anständige Mensch, wenn er seine Gedanken auf diese Seite der Sache gerichtet hat, wird seinen Widerspruch aufgeben. Es handelt sich nicht um den Reichskanzler allein, sondern um die Gesamtheit des höhern Beamtenthums. Um die Herbstmonate frei zu machen, muß freilich mit beschwerlicher Mühe ein Fehler verbessert werden, den uns die Camphausen'sche Talentlosigkeit bescheert hat. Bei der Verlegung des Budgetjahres hat man, sich lächerlicherweise auch hier an das englische Vorbild klammernd, das Jahr mit dem 1. April beginnen lassen. Für die deutschen Verhältnisse paßt nur der 1. Juli. Dann mag der Reichstag, wenn er einmal jährlich tagen muß, sein Budget von Januar bis März, der Landtag das seinige von April bis Juni berathen. Dagegen

will der fortschrittliche Liberalismus, daß die parlamentarische Bühne vom October bis Mai aufgeschlagen sei, und daß die Regierung in den Sommermonaten arbeite, während der fröhliche Parlamentarier sich in den Bädern tummelt und das Recht hat, die Regierung zu schelten, wenn sie im October nicht ein vollgewognes, tadelloses Pensum vorlegt. Aber zur Ausarbeitung der Vorlagen gehört der ganze Regierungsapparat, das Zusammenwirken aller Beamten; wenn auch nur einige derselben im Sommer des Urlaubs bedürfen, ist die Herstellung der Vorlagen erschwert oder unmöglich.

Gelänge es, die Parlamentssession auf die einzig richtige Zeit, die ersten sechs Monate des Jahres, für beide Parlamente zu verlegen, so wäre freilich immer noch nicht das Problem gelöst, wie auch in diesen günstig gelegenen sechs Monaten das parlamentarische Pensum zu erledigen sei bei der unglücklichen Beschränkung jedes Parlaments auf 3—3½ Monate. Dazu würde noch die Beseitigung einer andern, gedankenlos vom Auslande zu uns verpflanzten Einrichtung gehören. Die Discontinuität der Sessionen innerhalb der Legislaturperiode müßte aufhören, die Legislaturperiode müßte als eine, nur durch Vertagungen unterbrochne Session gedacht werden. Dann könnten die Commissionsberichte innerhalb der Legislaturperiode von einem Jahr auf das andre übergehen, dann könnten die Commissionen für die ganze Legislaturperiode gebildet werden, dann könnten die Commissionen nöthigenfalls während der Vertagung des Reichstags und des Landtags arbeiten. Der Gewinn für die Arbeit läge auf der Hand. Ein paar aus den jetzigen Vorschriften sich ergebende Schwierigkeiten wären kinderleicht ohne Nachtheil zu beseitigen. Die Vorschrift, daß abgelehnte Anträge in derselben Session nicht wiederkehren dürfen, wäre durch die Vorschrift zu ersetzen, daß sie vor 6 Monaten nicht wiederholt werden dürfen, es sei denn nach Stellung der Vorfrage, welche an die Regierung zu richten wäre bei Parlamentsanträgen, welche erstere abgelehnt hat, an das Parlament bei Anträgen, welche, ob aus seiner Mitte oder von der Regierung eingebracht, von erstem abgelehnt sind.

Es giebt also für ein einigermaßen freies und bewegliches Denken mehr als einen Ausweg aus der kläglichen Unbeholfenheit der bloßen Formalien unsres Parlamentarismus. Aber freilich: ein freies und bewegliches Denken, das ist es gerade, was unsern Parlamentariern bis auf den letzten Tropfen abhanden gekommen ist.

Der erste Tag der zweiten Berathung der zweijährigen Budgetperiode brachte eine Rede des Fürsten Bismarck, welche mit einer persönlichen Anrufung an Herrn von Bennigsen schloß, wie sie der Reichskanzler noch nie hat ergehen lassen. Der Reichskanzler hatte nicht wissen können, ob und was Herr von Bennigsen

sprechen würde, die Erwiderung des Kanzlers war eine Improvisation, welche den Reichthum seines Geistes und die Leichtigkeit, mit welcher er denselben beherrscht, aufs neue bekundete gegenüber der studirten und doch nur aus Gemeinplätzen bestehenden Ausführung des Herrn v. Bennigsen. Fürst Bismarck schlug einen warmen und herzlichen Ton an, wie er ihm zu Gebote steht, wie er ihn aber sehr selten, und unseres Wissens im Parlamente noch gar nicht, hat erklingen lassen. Der Reichskanzler bat Herrn v. Bennigsen, jene naturgemäße Mitte des Staatslebens zu behaupten, wo sich die ungebundenen Kräfte mit dem unabänderlichen Bedürfniß der Ordnung und der gesicherten Macht des Ganzen gegen das Einzelne ausgleichen. Der Reichskanzler warnte Herrn v. Bennigsen, sich nicht vom Linken umgarnen zu lassen, jenem wilden Jäger des Bürgerischen Gedichts, der über alle Hindernisse der Natur und der Sitte athemlos hinweghezt, wie es der stets in die Revolution ausschlagende Radicalismus thut. Herr v. Bennigsen ist gewiß keine radicale Natur, aber der sichere Blick scheint ihm zu fehlen, wo gegenüber den Aufgaben der deutschen Staatsgründung die Grenzlinie liegt, jenseits deren die Preisgebung des deutschen Staats an den Radicalismus beginnt. Darum sprach der Kanzler von einer Continuität des linken Flügels, der, unmittelbar hinter der Grenzlinie des rechten beginnend, im Ende gar nicht abzusehen ist.

Der Reichskanzler steht im Begriff, über die von Idolen geblendeten und bei dem Erfassenwollen dieser leeren Truggebilde taumelnden Parteien hinweg sich einen neuen Mitarbeiterkreis von dem Instinct der Massen zu verschaffen. Es giebt in den gebildeten Ständen Männer genug, welche aus Instinct oder klarer Erkenntniß auf der Seite des Kanzlers stehen. Diesen das Abgeordnetenmandat durch das Volk zu verschaffen und den Cultus der schädlichen, hemmenden Idole loszuwerden, ist die Aufgabe. Der Kanzler braucht bei diesem Versuche nicht das Centrum, wie die Unklugheit meint. Wie er 1866 in den Kampf ging, ohne, wie die damalige falsche Klugheit meinte, mit Napoleon verbündet zu sein, sondern den lauerten Feind im Rücken, so wird er in den jetzigen Wahlkampf gehen, ohne mit dem Centrum verbündet zu sein. Die Gefahr ist wahrlich nicht so groß wie die von 1866, jetzt, wo man das Ergebnis der Wahlschlacht nöthigenfalls durch eine sofortige Auflösung wieder ändern kann. Aber es ist von großer Bedeutung, ob der Kampf gegen den ganzen Liberalismus ohne Unterschied geführt werden muß, um uns von den falschen Idolen zu befreien und einer freien Behandlung der deutschen Dinge nach ihrer nun einmal gegebenen Eigenart Platz zu machen. Wenn es vom Liberalismus gar keine Brücke mehr geben sollte zu einer nationalen Gestaltung der deutschen Politik, ohne die sie nicht länger vorwärts kommen kann, so wäre dies um vieler werthvollen Kräfte willen, um eines ganzen

sittlichen und intellectuellen Capitales willen, das in dem Liberalismus angelegt ist, in hohem Grade zu bedauern. Ertragen aber würde die deutsche Nation doch noch eher den Verlust dieses Capitals als seine Verwendung und gesteigerte Wirksamkeit in einer verderblichen Richtung.



Der Streit um Tunis.



ie orientalische Frage ist unsterblich. Sie ist eine Hydra mit hundert Köpfen. Kaum scheint sie in Gestalt des griechisch-türkischen Grenzstreites nach langen Anstrengungen der Mächte und vielem Widerstreben der beiden Parteien gelöst und von der Tagesordnung verschwunden, so taucht sie als tunesische Frage wieder am Horizonte auf und wird, anfangs nur ein schwarzer Punkt, täglich größer und zuletzt eine Wolke, die nach Gewittern ausfieht.

Tunis ist ein entferntes Land, und Fragen, die dort spielen, scheinen uns wenig anzugehen. Bei der Stellung indeß, welche das heutige Deutschland in der europäischen Staatengruppe einnimmt, ist keine politische Frage für uns völlig gleichgiltig, also auch diese nicht, zumal da sie für zwei von unsern unmittelbaren Nachbarn von großer Bedeutung ist, und so werden wir uns mit ihr einigermaßen eingehend beschäftigen müssen.

Das Beylik Tunis ist ein Vasallenstaat des türkischen Reiches, der, ungefähr 2500 Quadratmeilen groß, in Nordafrika liegt und im Westen von Algerien, im Norden und Osten vom Mittelmeer und im Süden von Tripolis und der Sahara begrenzt wird. Der etwa 125 Meilen lange Küstensaum ist im Osten flach und sandig, im Norden meist bergig, indem der Atlas das Land in langen Ketten mit breiten Thälern durchzieht. Die See tritt in zahlreichen tiefen Buchten unter schroff abfallenden Vorgebirgen in das Land hinein. Der Süden gehört zur Steppe von Biledulgerid und wird zum Theil von Salzseen eingenommen. Die fließenden Gewässer haben meist einen kurzen Lauf und sind nicht schiffbar, der größte Fluß ist der Medjerda, der dem Bagrades der Alten entspricht. Die zum Betriebe der Landwirtschaft geeigneten Gegenden sind größtentheils sehr fruchtbar und reich an Vieh. Man erbaut Getreide, Del, Süßfrüchte und etwas